

Antrag

der Abgeordneten Peter Heidt, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Hocker, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Frank Sitta, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Chancen–Aufholprogramm: Lernrückstände erheben, Corona–Nachteile für Kinder und Jugendliche verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Einsatz zahlreicher Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern zählt zu den positiven Erfahrungen der harten Corona-Monate. Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler leisten seit einem Jahr Unglaubliches. Dennoch dürften durch die Schulschließungen entstandene Lernrückstände und Kompetenzverluste gewaltig sein. In Finnland wurde in Zeiten der Schulschließungen jeder Schultag mit einer gemeinsamen Videostunde begonnen. In Deutschland halbierte sich die tägliche Lernzeit auf 3,6 Stunden. Lernschwache Schülerinnen und Schüler fielen noch weiter zurück (vgl. ifo Institut 2020).

Denn in Deutschland fehlen noch immer sinnvolle Corona-Unterrichtskonzepte. Digitale Defizite sind ungelöst. Von den über fünf Milliarden Euro des DigitalPakts haben die Länder erst zwei Prozent tatsächlich ausgegeben (vgl. Süddeutsche Zeitung 2021). Die Schulschließungen verschärfen die Ungleichheit der Bildungschancen. Gerade die Schwächsten leiden. Die Sorge vieler Bildungsforscher ist, dass benachteiligte Schülerinnen und Schüler, aber auch Grundschulkinder, dauerhaft den Anschluss verlieren. Wer nicht gut lesen, schreiben oder rechnen kann, hat ein Leben lang Nachteile (vgl. Die Zeit 2021). Die negativen Folgen der Schulschließungen könnten zukünftige Generationen laut ifo-Institut bis zu 3,3 Billionen Euro kosten (vgl. Spiegel 2021).

Deutschland braucht eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung und ein langfristiges Chancen-Aufholprogramm, damit Kinder und Jugendliche nicht dauerhaft unter den Pandemie-Folgen leiden. Dabei geht es nicht nur um Unterrichtsstoff, sondern auch um die Entwicklung von Sprache und Persönlichkeit. Kurzfristig sollten etwa Ferienangebote mit individuellen Förderprogrammen und die

Unterstützung durch studentische Lern-Buddys Lernverluste abfedern (siehe Antrag der FDP-Fraktion 19/26880). Um die Corona-Defizite auszugleichen und das Bildungssystem auf die Höhe der Zeit zu bringen, müssen aber langfristige Lösungen und Konzepte entwickelt werden. Ein gesamtgesellschaftlicher Bildungs-Marathonlauf ist nötig.

Damit der Bildungs-Marathonlauf glückt, muss klar sein, von wo Schülerinnen und Schüler starten, wo genau die Corona-bedingten Lernverluste liegen und wo besondere Schwierigkeiten bestehen. Die Lernrückstände und Kompetenzverluste sollten verlässlich und systematisch erhoben werden. Mit diesem Wissen sollte ein Chancen-Aufholprogramm aufgesetzt werden, das Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördert.

In Deutschland fehlen diese empirische Daten, die Startpunkt und Ziel vorgeben können. Es gibt keine veröffentlichten landes- oder bundesweiten zusammengeführten Daten über Lernrückstände und Lernstände. Einzelne Länder haben Schwierigkeiten in der Schülerschaft erfasst. Andere nicht. Der Bildungsforscher Ludger Wößmann kritisiert, dass sich die „Schulpolitik derzeit im Blindflug“ befände (vgl. Tagesspiegel 2020). Bundesweite Bildungsstandards und bundesweite Abschlussprüfungen hätten von Beginn an eine Vergleichbarkeit der Schülerleistungen sichergestellt und eine Datenerhebung erleichtert.

Bundesweite Tests sollten zügig die angelaufenen Lernrückstände und Kompetenzverluste erheben (vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft 2021). Ein Test sollte zukünftig einmal im Jahr überprüfen, ob die durch Corona entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt wurden. Die Tests sollten idealerweise digital stattfinden, so dass Lehrkräften keine Mehrarbeit entsteht. Die Bewältigung der Corona-Krise ist eine gesamtstaatliche Herausforderung. Bund und Länder sollten gemeinsam bundesweite Tests und deren Auswertung finanzieren. Mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung sollte das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) beauftragt werden. Auch da das IQB unter anderem für die regelmäßige Konzeption, Durchführung und Auswertung der bundesweiten Tests Vera-3 bzw. Vera-8 sowie der IQB-Bildungstrends in Grund- und weiterführenden Schulen zuständig ist.

So wird die Corona-Krise nicht zu einer dauerhaften Chancen-Krise für eine ganze Generation.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf:

1. Gemeinsam mit den Ländern dem Deutschen Bundestag ein Chancen-Aufholprogramm vorzulegen, damit die entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden. Zentrale Bestandteile des Chancen-Aufholprogramms sollten sein:
 - a. Kurzfristig gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen ein bundesweites Lern-Buddy-Programm aufzusetzen, in dem Studierende Schulen und Schüler/innen für diese kostenfrei unterstützen, die in der Corona-Pandemie entstandenen Lernrückstände aufzuholen.
 - b. Kurzfristig mit den Ländern einen Digitalpakt 2.0 zu beschließen, um jede Schülerin und jeden Schüler mit Learning Analytics und Künstlicher Intelligenz individueller und besser zu unterstützen. Neben der angeschafften Technik und Infrastruktur sollten digitale Lehr- und Lernmethoden sowie IT-Koordinatoren dauerhaft und nachhaltig Einzug in Deutschlands Schulen erhalten.

- c. Die Einführung einer digitalen Lernmittelfreiheit. Digitale Lernmittel müssen gleichwertig zu Schulbüchern als Lernmittel angeboten werden. Damit schaffen wir digitale Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler.
2. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemeinsam mit den Ländern kurzfristig das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung von bundesweiten Tests über die Lernrückstände und Kompetenzverluste von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise zu beauftragen. Die Tests sollten noch 2021 unbürokratisch in ausgewählten Klassenstufen und unter Berücksichtigung des Datenschutzes idealerweise Computer-gestützt und online stattfinden. Dadurch entsteht Lehrkräften keine Mehrarbeit.
3. Auch unter Berücksichtigung der Studienergebnisse sollten weitere zentrale Bestandteile des gemeinsamen Bund-Länder Chancen-Aufholprogramms sein:
 - a. Ab 2021 über fünf Jahre Ferienangebote mit individuellen Förderprogrammen anzubieten.
 - b. Einen Chancen-Bonus für Schulen mit besonderen Herausforderungen bei der Schulentwicklung und der Schülerschaft durch eine Standortfinanzierung nach Sozialindex einzuführen. Dieses Geld muss den Schulen für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung stehen.
 - c. Zusätzliche Stellen für Sozialpädagogen und Schulpsychologen zu schaffen, die sich besonders um diejenigen Kinder kümmern, die in der Pandemie den Anschluss verloren haben.
 - d. Bundesweit einheitliche, hochwertige und verbindliche Bildungsstandards für alle Fächer des Hauptschulabschlusses, der Mittleren Reife und des Abiturs zu entwickeln, zu monitoren und zu evaluieren. Diese Bildungsstandards müssen wettbewerbsfähig gegenüber Nordamerika und Asien sein.
 - e. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur in allen zentralen Fächern einzuführen.
4. Das Projekt anteilig mit den Ländern über zunächst fünf Jahre zu finanzieren. Durch jährliche stattfindende Tests kann festgestellt werden, ob die Corona-bedingten Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden konnten.
5. Die erforderlichen Schritte einzuleiten, um unabhängige wissenschaftliche Langzeitstudien in Auftrag zu geben, deren Ziel es ist, die kurz- und längerfristigen Effekte der pandemiebedingten Einschränkungen auf die kognitive und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu erfassen und auszuwerten.
6. Dem Bundestag mindestens einmal im Jahr über die Ergebnisse der Lernstandserhebungen und Studien zu berichten.

Berlin, den 23. März 2021

Christian Lindner und Fraktion